

Wirtschaftssatzung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig für das Geschäftsjahr 2011

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig hat in der Vollversammlung am 21.09.2020 gemäß § 3 Absätze 2 und 3 und § 4 Satz 2 Nr. 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. 1, S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Wettbewerbsrecht und für den Bereich der Selbstverwaltungsorganisation der gewerblichen Wirtschaft vom 25. Mai 2020 (BGBl. 1 S. 1067) die folgende Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2011 der IHK Braunschweig beschlossen.

Präambel

Die Vollversammlung der IHK Braunschweig hat mittels der Nachtragswirtschaftssatzung 2020 die Vorgaben des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.01.2020 (Az.: 8 C 9.19) nachvollzogen und umgesetzt. Die danach überhöhte Nettoposition und Ausgleichsrücklage wurden auf das zulässige Maß zurückgeführt. Da jeder selbstständige Haushaltsfehler wirtschaftlich nur einmal Anlass für eine Korrektur gibt, ist das in der Vergangenheit unzulässig gebildete Vermögen durch die Gegenwartsheilung in 2020 vollständig abgebaut worden. Die Wirtschaftssatzung 2011 wird hiermit rückwirkend neu beschlossen. Der Anwendungsbereich dieser neu beschlossenen Wirtschaftssatzung beschränkt sich auf zukünftige Veranlagungen aufgrund aktualisierter Bemessungsgrundlagen oder auf zukünftige Veranlagungen von IHK-Mitgliedern, die erstmals durchgeführt werden für die entsprechenden Jahre. Bestandskräftige Bescheide werden davon nicht berührt.

Das Geschäftsjahr umfasst den Zeitraum vom 01.01. – 31.12.2011.

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird

1. im Erfolgsplan

mit der Summe der Erträge in Höhe von	9.263.100 €
mit der Summe der Aufwendungen in Höhe von	8.909.100 €
mit dem Saldo der Rücklagenveränderung in Höhe von	354.000 €

2. im Finanzplan

mit der Summe der Investitionseinzahlungen in Höhe von	348.000 €
mit der Summe der Investitionsauszahlungen in Höhe von	1.390.000 €
mit der Summe der Einzahlungen in Höhe von	1.390.000 €
mit der Summe der Auszahlungen in Höhe von	1.390.000 €

festgestellt.

Deckungsfähigkeit

Die Personalaufwendungen und alle übrigen Aufwendungen sind jeweils für sich und insgesamt gegenseitig deckungsfähig.

Die Investitionsausgaben werden ebenfalls für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Im Falle eines positiven Ergebnisses können Mittel ohne zusätzliche vorherige Genehmigung durch die Vollversammlung zur weiteren Risikoversorge den Pflichtrücklagen zugeführt werden. Die Kenntnisnahme über die tatsächlich vorgenommenen Zuführungen erfolgt bei Vorlage des Berichts der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer der IHK für das Jahr 2011.

II. Beitrag

1. Befreiungen

1.1 Nicht in das Handelsregister eingetragene natürliche Personen und Personengesellschaften, deren Gewerbebeitrag nach dem Gewerbesteuergesetz oder, soweit für das Bemessungsjahr ein Gewerbesteuermessbetrag nicht festgesetzt wird, deren nach dem Einkommensteuergesetz ermittelter Gewinn aus Gewerbebetrieb **5.200 Euro** nicht übersteigt, sind vom Beitrag freigestellt.

1.2 Natürliche Personen, die nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragen sind und ihr Gewerbe nach dem 31. Dezember 2003 angezeigt haben, sind für das Geschäftsjahr der Betriebseröffnung und das darauf folgende Jahr von der Umlage und vom Grundbeitrag sowie für das dritte und vierte Jahr von der Umlage freigestellt, wenn der Gewerbebeitrag oder Gewinn aus Gewerbebetrieb 25.000 Euro nicht übersteigt und sie in den letzten fünf Wirtschaftsjahren weder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder unselbstständiger Arbeit erzielt haben, noch an einer Kapitalgesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu mehr als einem Zehntel beteiligt waren.

2. Als Grundbeiträge sind zu erheben von

2.1 IHK-Zugehörigen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert,

- | | | |
|----|---|-------|
| a) | mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, bis 15.000 €, soweit nicht die Befreiung nach Ziffer II., 1 eingreift | 40 € |
| b) | mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, über 15.000 € und bis 25.000 € | 100 € |
| c) | mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, über 25.000 € und bis 75.000 € | 220 € |

2.2 IHK-Zugehörigen, die im Handelsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, mit einem Verlust oder Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, bis 75.000 €. 220 €

2.3 allen Gewerbetreibenden mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, über 75.000 € bis 150.000 € 400 €

2.4 allen Gewerbetreibenden mit einem Gewerbebeitrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb über 150.000 € 600 €

3. Als Mindestgrundbeiträge sind zu erheben von
- 3.1 allen Gewerbetreibenden, die nicht nach Ziffer II 1. befreit sind, die 300 bis 499 Beschäftigte im IHK-Bezirk haben und eines der folgenden Kriterien¹ erfüllen:
- mehr als 25.000.000 € Jahresumsatz 5.000 €
 - mehr als 12.500.000 € Bilanzsumme, auch wenn sie sonst nach Ziffer II 2.1. bis 2.4 zu veranlagen wären.
- Auf den Grundbeitrag nach Ziffer II 3.1. wird eine evtl. zu entrichtende Umlage bis zu einem Betrag von 4.400 € angerechnet.
- 3.2 allen Gewerbetreibenden, die nicht nach Ziffer II 1. befreit sind, die 500 bis 999 Beschäftigte im IHK-Bezirk haben und eines der folgenden Kriterien¹ erfüllen:
- mehr als 50.000.000 € Jahresumsatz 10.000 €
 - mehr als 25.000.000 € Bilanzsumme, auch wenn sie sonst nach Ziffer II 2.1. bis 2.4 zu veranlagen wären.
- Auf den Grundbeitrag nach Ziffer II 3.2. wird eine evtl. zu entrichtende Umlage bis zu einem Betrag von 9.400 € angerechnet.
- 3.3 allen Gewerbetreibenden, die nicht nach Ziffer II 1. befreit sind, die 1000 Beschäftigte und mehr im IHK-Bezirk haben und eines der folgenden Kriterien¹ erfüllen:
- mehr als 100.000.000 € Jahresumsatz 20.000 €
 - mehr als 50.000.000 € Bilanzsumme, auch wenn sie sonst nach Ziffer II 2.1 bis 2.4 zu veranlagen wären.
- Auf den Grundbeitrag nach Ziffer II 3.3 wird eine evtl. zu entrichtende Umlage bis zu einem Betrag von 19.400 € angerechnet.
4. Organgesellschaften, für die ein Ergebnisabführungsvertrag besteht und für die kein eigener Gewerbeertrag festgesetzt wird, soweit sie nicht nach Ziffer II 3. zu veranlagen sind. 220 €
5. Für Kapitalgesellschaften, die nach Ziffer II. 2. zum Grundbeitrag veranlagt werden und deren Tätigkeit sich in der Komplementärfunktion in einer ebenfalls der IHK zugehörigen Personenhandelsgesellschaft erschöpft, wird der zu veranlagende Grundbeitrag um 50 % ermäßigt.
6. Als Umlagen sind zu erheben 0,17% des Gewerbeertrages bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist die Bemessungsgrundlage einmal um einen Freibetrag von 15.340 € für das Unternehmen zu kürzen.
7. Bemessungsjahr für Grundbeitrag und Umlage ist das Jahr 2011.
8. Soweit ein Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb für das Bemessungsjahr nicht bekannt ist, wird eine Vorauszahlung des Grundbeitrages und der Umlage auf der Grundlage des letzten der IHK vorliegenden Gewerbeertrages bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb erhoben.

¹ (Angaben gem. § 10 der Beitragsordnung der IHK BS)

Von IHK-Zugehörigen, die im Handelsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, für die weder ein Gewerbesteuermessbetrag noch der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb vorliegt oder für die erstmals eine Beitragspflicht entsteht, wird eine Vorauszahlung zunächst nur in Höhe des Grundbeitrages gemäß Ziffer II. 2.2 erhoben.

Von IHK-Zugehörigen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert, für die weder ein Gewerbesteuermessbetrag noch der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb vorliegt oder für die erstmals eine Beitragspflicht entsteht, wird eine Vorauszahlung nicht erhoben.

III. Kredite

1. Investitionskredite sind nicht vorgesehen.
2. Kassenkredite

Zur Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft dürfen Kassenkredite bis zur Höhe von 500.000 € aufgenommen werden.

Braunschweig, 21. September 2020

Industrie- und Handelskammer Braunschweig

Der Präsident

gez.

Helmut Streiff

Der Hauptgeschäftsführer

gez.

Dr. Florian Löbermann